

Donald Trump ordnet Truppenabzug aus Deutschland an - keine gute Idee!

US-Präsident Donald Trump droht nicht nur, er handelt auch. Dieses Mal geht es um Deutschland. Die Vereinigten Staaten werden hier 9.500 Soldaten abziehen, und die Aufregung ist groß.

Regierungssprecher Steffen Seibert spielte die Entscheidung aus dem Weißen Haus erst einmal herunter. Abgeordnete der GroKo-Parteien zeigten sich teils bestürzt, teils selbstbewusst. Nun sei der Zeitpunkt gekommen, dass Europa endlich seine Verteidigung in die eigenen Hände nehme.

Über die Gründe der Entscheidung Trumps wird viel spekuliert. Nicht wenige sehen einen Zusammenhang mit der Entscheidung der Bundeskanzlerin, nicht zu seinem G7-Gipfel Ende Juni in die USA kommen zu wollen. Das soll Trump sehr erbost haben. Und als Retourkutsche sei jetzt der Abzug von Truppen aus Deutschland eingeleitet. Es wäre schlecht, wenn große Politik tatsächlich so emotional vonstatten ginge – aber ausgeschlossen ist das bei der bekannten gegenseitigen Abneidung der beiden so unterschiedlichen Staatslenker Merkel und Trump keineswegs.

Jetzt reden alle mit, alle haben eine Meinung. Oder vielmehr einen vielstimmigen Meinungschor.

Während unsere Politiker in Berlin also herumschwurbeln, von der unverbrüchlichen Freundschaft und den gegenseitigen Interessen, vom transatlantischen Bündnis und den Werten und bla bla bla... hat sich gleich jemand gefunden, der die Entscheidung Trumps toll findet. Und das ist Russland. Präsident Putin ließ verkünden, jetzt sei erst einmal Dialog wichtig, sein ganz besonderes Anliegen – das hat man ja 2013 auch auf der Krim beobachten können. Und Europa sei ja militärisch ganz doll stark, warum also die GIs von jenseits des Atlantiks nicht nach Hause fliegen lassen? Ein Schelm, wer Böses dazu denkt. Allerdings stellte der Kreml auch klar, dass man keine gemeinsame Achse des Westens mit Russland gegen das immer stärker werdende China bilden werde.

Wie halten wir es mit den Amis, wie mit dem Kreml? Das ist eine Frage, die besonders bei Konservativen heiß umstritten ist. Doch spätestens an diesem Punkt sollte die Ratio einsetzen bei denen, die es gut meinen mit unserem Land. Die Aufgabe der transatlantischen Partnerschaft zugunsten einer „Achse Paris-Berlin-Moskau“ ist eine Absurdität sondergleichen. Amerika ist ökonomisch und militärisch auch heute noch das Maß aller Dinge auf diesem Planeten. Deutschland (West) ist über Jahrzehnte bestens gefahren mit den Partnern von der anderen Seite des großen Teichs.

Ist alles toll in den Vereinigten Staaten? Ganz sicher nicht! Haben die Amis in ihrer Geschichte sinnlose und völkerrechtswidrige Kriege geführt? Jede Menge! Muss man den „American Way of Life“ lieben? Nein, muss man nicht (kann man aber)! Jeder muss selbst wissen, zu wem er gehören will. Und wenn die Deutschen freiwillig entscheiden, das Bündnis mit den Amis zu kappen, russische Computer zu benutzen mit russischen Betriebssystemen, russische Autos zu fahren und sich ihr Gehalt in Rubel auszahlen zu lassen – feiiiiin! Kein Problem damit. Ich suche mir dann ein anderes Land und gut isses.

Wissen Sie, ich habe eine wirklich positive Grundhaltung gegenüber den Amerikanern, ohne zu

verkennen, was dort nicht rund läuft. Und da könnte ich viele üble Entwicklungen nennen. Aber ich kenne das Land inzwischen gut von sicherlich 20 Besuchen, von politischen Gesprächen ebenso wie von phantastischen Reisen von Coast to Coast. Und diese grundsätzlich positive Haltung ist nicht begründet durch die Politik der Weltmacht, sondern durch den vielfältigen Kontakt mit vielen ganz normalen Menschen, positiv, tolerant und erfindungsreich. Und wer das nicht mag, McDonalds meidet und Bill Gates verachtet - auch das darf man in einem freien Land.

Den früheren Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, General Ben Hodges, durfte ich 2015 einmal zusammen mit einigen wenigen anderen Journalisten in seinem Privathaus in Wiesbaden besuchen. Ein unvergesslicher Abend, auf der Terrasse rund um den Feuerkorb mit Zigarren und schottischem Whiskey. Ich traf einen sympathischen und hochgebildeten Mann, alles andere als ein schießwütiger Cowboy. Ein Mann, der die europäische Geschichte des vergangenen Jahrhunderts bis ins Detail kannte und darüber philosophieren konnte.

Jetzt las ich in einem Zeitungsartikel wieder von ihm. Er wurde darin zitiert, dass der geplante Abzug der Amerikaner aus Deutschland ein „kolossaler Fehler“ sei, denn es gehe im Bündnis der NATO nicht darum, Frau Merkel zu bestrafen oder zu ärgern. Die GIs seien nicht in Europa, um nur die Deutschen zu beschützen, sondern Europäer und die USA und Kanada sich gegenseitig.

Das ist der Plan.

Übrigens: Beim wegen Corona ausgefallenen Nato-Manöver „Defender 2020“ währte die deutsche Verschwörer-Szene das Äußerste. 26.000 GIs seien heimlich eingeflogen worden, um hier den Laden zu übernehmen. Nahezu täglich schickten mir FB-Freunde verwackelte Handy-Videos von irgendeinem streng geheimen Kleinstadtbahnhof, wo angeblich die Ankunft der US-Streimacht zu sehen sei. Und deutsche Sicherheitskräfte hätten dabei geholfen. Ja, ganz schlimm, allerdings auch der übliche Bullshit, verbreitet von Geschäftsmachern, die an solchen Horrosszenarien verdienen, und denen, die Geld kassieren aus staatlichen Quellen, um Unsicherheit und Abneigung gegenüber die USA zu schüren. In ein paar Wochen werden übrigens als Nachhut zum ausgefallenen Manöver 600 US-Soldaten nach Deutschland eingeflogen für ein paar Wochen. Das ist dann sicher endgültig die große Invasion der Bilderberger...

So wirbt man ganz gewiss nicht für mehr Toleranz

Der Christopher Street Day (CSD) wird weltweit in den urbanen Zentren von der Homosexuellen-Community und in Zeiten von *GenderGaga* auch von den Protagonisten der sogenannten queer-Szene zelebriert. Der englische Begriff „queer“ beschreibt dabei etwas, das von der Norm abweicht.

Die Geschichte des CSD geht auf ein Ereignis zurück, das sich im Juni 1969 in der Christopher Street im New Yorker Stadtteil Greenwich Village ereignete. Nach polizeilichen Razzien in Schwulenbars kam es zu tagelangen Straßenschlachten – ein Aufstand der Homosexuellen und anderen sexuellen Minderheiten gegen Polizeiwillkür.

In Deutschland konkurrieren die CSDs in Köln und Berlin heute darum, wer den meisten Zulauf hat. Hunderttausende sind es jedesmal sicher, eher ein buntes Happening, das an den früheren Love-Parades“ erinnert als an eine politische Manifestation.

2020 – im 30. Jahr der deutschen Einheit wagte das Vorbereitungskomitee in Köln etwas Unerhörtes. Das Motto sollte „Einigkeit und Recht und Freiheit“ heißen, also so wie der Titel der deutschen Nationalhymne. Das Lied der Deutschen, wie unsereins das nennt. Als die Entscheidung bekannt wurde, drehte die linke Szene komplett durch. Shitstorm, eine Flut an Protestbriefen und Boykottdrohungen ergoss sich über die Organisatoren, die erwartungsgemäß sofort einbrachen und das Motto in „Für Menschenrechte“ änderten. Würde mich nicht wundern, wenn demnächst noch irgendwas mit Klima und CO2 drangehängt würde.

Was sind das für Leute, die so ein gestörtes Verhältnis zu ihrem eigenen Land haben, das gerade dieser Community mehr Freiheit bietet als die weitaus meisten Länder dieser Welt? Man kann diese Schwachsinnentscheidung nur noch als erbärmliches Trauerspiel von Köln bezeichnen. Akzeptanz in der gesamten Bevölkerung bringen solche Aktionen sicher nicht.

HAT IHNEN DIESER BEITRAG GEFALLEN?

WOLLEN SIE DIESE UNABHÄNGIGE STIMME UNTERSTÜTZEN?

Bitte spenden Sie für freien, unabhängigen und meinungsstarken Journalismus:

DE06 3305 0000 0000 3447 13

DOKU Vera Lengsfeld beim Schwarmtreffen am 24. August in Berlin: „Das war leider ein Irrtum“

Die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und streitbare Autorin Vera Lengsfeld hat am 24. August dieses Jahres die Festrede beim Deutschland-Dinner anlässlich der 4. Vollversammlung der wahren Schwarmintelligenz gehalten. Zum Tag der Deutschen Einheit dokumentieren wir Auszüge aus der Rede...

Um es gleich am Anfang zu sagen: Es gibt Meinungsfreiheit in Deutschland, aber sie steht nur noch auf dem geduldigen Papier, auf das unser Grundgesetz gedruckt ist. Das war in der DDR auch so. Art.27 der DDR-Verfassung begann mit dem Satz: „Jeder Bürger der DDR hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern“. Der Pferdefuß war in einem Nebensatz versteckt und lautete: Im Rahmen dieser Verfassung. Dieser Rahmen erwies sich als sehr eng, wie ich selbst mehrfach erfahren habe, am krassesten, als ich im Januar 1988 versuchte, mit einem Plakat, auf dem dieser Satz stand, an einer von der SED organisierten Demo teilzunehmen, die zu Ehren von Rosa Luxemburg veranstaltet wurde, der wir den Satz verdanken: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“.

Auf meinem Transparent stand der Anfang von Art.27 der Verfassung der DDR. Dieser Satz brachte mich ins Stasigefängnis nach Hohenschönhausen. Als die DDR unterging, war ich der Überzeugung, im neuen Deutschland würde ich nie wieder Probleme mit der Meinungsfreiheit bekommen. Das war leider ein Irrtum. Im Jahr 2019, dem dreißigsten Jahrestag des Mauerfalls, ist die Meinungsfreiheit in Deutschland praktisch abgeschafft. Jeder Abweichler von den politisch-korrekten Vorgaben der Meinungsmacher in Politik und Medien, jede Kritik an der Regierungspolitik, wird inzwischen unter Kuratel gestellt. Das geht , wie wir erfahren mussten, bis hin zu der totalitären Forderung, Kritikern die Grundrechte nach Art 18 des Grundgesetzes zu entziehen, wie jüngst der Ex-Generalsekretär der CDU Peter Tauber getan hat und unser Innenminister Horst Seehofer jetzt „prüfen“ will.

(...)

Den Deutschen wird nachgesagt, das sie Sicherheit gegenüber der Freiheit bevorzugten und bereit seien, der Einschränkung von Freiheit zuzustimmen, wenn sie vor die Wahl gestellt würden, zwischen beiden Werten zu entscheiden. Ob das wirklich auf die Mehrheit der Deutschen zutrifft, oder ob es sich um eine der vielen herrschaftsstabilisierenden Legenden handelt, will ich nicht untersuchen.

Mein Thema sind die vielen Deutschen, die sich in allen Jahrhunderten für die Freiheit stark gemacht haben. Auf den Regenbogenfahnen des Bauernkrieges stand „fryheit“, nicht Vielfalt oder ein anderes der Modewörter, die heute als Freiheits-Ersatz kolportiert werden.

Kann man über die Bauernkrieger noch geteilter Meinung sein, weil Teile der Bewegung von Radikalen wie Thomas Müntzer dominiert wurden, sollte es unstrittig sein, dass die heute von der linken Meinungsmache geschmähten Burschenschaften Vorkämpfer für die Freiheit waren.

Die Teilnehmer des Hambacher Festes von 1832 ersehnten und forderten die Freiheit, die uns heute peu á peu wieder entzogen wird. Unser Freiheitsdichter Friedrich Schiller hat es auf den Punkt gebracht: „Die ganze Weltgeschichte ist ein ewig wiederholter Kampf der Herrschsucht gegen die Freiheit“. Wir erleben das heutzutage hautnah mit. Wieder haben wir die Freiheit gegen die Herrschsucht einer politischen Clique zu verteidigen, die ihre Macht im Namen von Buntheit, Vielfalt, Weltoffenheit und anderen Wiesel-Wörtern, wie August Friedrich Hayek sie bezeichnen würde, zementieren wollen. Das ist die alte Geschichte, die nur immer wieder neu erzählt wird.

Klingt Jacob Friedrich Siebenpfeiffers Rede, die er 1832 auf Schloss Hambach hielt nicht brandaktuell?

„... Wir widmen unser Leben der Wissenschaft und der Kunst, wir messen die Sterne, prüfen Mond und Sonne, wir stellen Gott und Mensch, Höll' und Himmel in poetischen Bildern dar, wir durchwühlen die Körper- und Geisterwelt: aber die Regungen der Vaterlandsiebe sind uns unbekannt, die Erforschung dessen, was dem Vaterlande Noth thut, ist Hochverrath, selbst der leise Wunsch, nur erst wieder ein Vaterland, eine frei-menschliche Heimath zu erstreben, ist Verbrechen. Wir helfen Griechenland befreien vom türkischen Joche, wir trinken auf Polens Wiedererstehung, wir zürnen, wenn der Despotism der Könige den Schwung der Völker in Spanien, in Italien, in Frankreich lähmt, wir blicken ängstlich nach der Reformbill Englands, wir preisen die Kraft und die Weisheit des Sultans, der sich mit der Wiedergeburt seiner Völker beschäftigt, wir beneiden den Nordamerikaner um sein glückliches Loos, das er sich muthvoll selbst erschaffen: aber knechtisch beugen wir den Nacken unter das Joch der eigenen Dränger; wenn der Despotism auszieht zu fremder Unterdrückung, bieten wir noch unsern Arm und unsere Habe; die eigene Reformbill entsinkt unsern ohnmächtigen Händen ...“

Ein paar kleine Änderungen nur und wir haben den aktuellen Zustand Deutschlands.

Was wollt ihr eigentlich, fragen die Gegner der Freiheit, wir haben doch alles, was die Freiheitskämpfer immer wollten: Demokratie, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, ein Grundgesetz, freie und geheime Wahlen und Wohlstand für alle. Ja, auch Zuckererbsen für jedermann, wie es sich der Zeitgenosse der Hambacher Festgesellschaft, Heinrich Heine, wünschte, sogar für jene, die sie nicht mit eigenen Händen erwarben. Es sind alle Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle vorhanden. Noch, muss man hinzufügen, denn jene, die von Herrschsucht getrieben werden, sind gerade dabei, diese Grundlagen nachhaltig zu zerstören.

Fangen wir bei der Meinungsfreiheit an, die Voraussetzung für alle andern Freiheiten ist. Jeder kann seine Meinung frei und öffentlich äußern, so wie es das Grundgesetz garantiert, wird und entgegengehalten. Widerspruch müsse man dabei in Kauf nehmen. So weit, so gut. Wie sieht die Realität aus?

Nehmen wir die „Gemeinsame Erklärung 2018“, mit der mehr als 160. 000 Bürger unseres Landes die Wiederherstellung von Recht und Gesetz an den Grenzen unseres Landes fordern. Sie lautete:

„Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die

rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

Es gab zahlreiche Reaktionen, in den Medien, die wenigsten waren sachlich. Die Petenten hatten offenbar einen wunden Punkt getroffen. Noch nie sind zwei klare Sätze solchen Exegesen unterzogen worden. Die Kritik bezog sich dann vor allem darauf, was man uns unterstellte, nicht darauf, was wir wollen: Die Wiedereinsetzung der Rechtsstaatlichkeit.

(...)

In einer Demokratie gibt es normalerweise eine demokratische Rechte, wie es eine demokratische Linke gibt. In Deutschland ist diese Balance außer Kraft gesetzt, weil Politik und veröffentlichte Meinung alles anprangern, was dem linken Mainstream widerspricht. Es gibt keine Debatten mehr, kein Austausch und Abwägen unterschiedlicher Argumente. Das ist Gift für eine funktionierende Demokratie. Das heutige Deutschland wird einer Gesinnungsdiktatur immer ähnlicher. Um diese Schiefelage wieder ins Lot zu bringen braucht es die Rückkehr der politischen Debatte.

Von den „Rechten“ wird ständig Distanzierung verlangt, die Linke dagegen denkt gar nicht daran, sich von Verbalradikalismus á la „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“ oder die Gewaltanwendung der Antifa zu distanzieren. Die grölende, prügelnde, Steine schmeißende Antifa ist willkommenes Mitglied im „Bündnis gegen Rechts“. Inzwischen wird mit klammheimlicher Freude goutiert, dass die Antifa Wohnungen von NPD-Angehörigen zerstört. Ein Bibliothekarin soll nach dem Willen von Studenten der TU Dresden ihren Beruf nicht mehr ausüben, weil sie es wagte, in der Kommunalwahl für die AfD zu kandidieren. Man muss aber weder Mitglied, noch Sympathisant der AfD sein, um ins Visier der Freiheitsfeinde zu geraten. Es genügt, sich dafür auszusprechen, dass mit dieser Partei, die so demokratisch ist, dass sie trotz politischen Drucks nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden kann, demokratisch umgegangen werden soll, um Sanktionen zu erfahren. Da wird einem schon einmal das persönliche Konto gekündigt, das man immer tadellos geführt hat. Solche illegalen Aktionen werden mit „zivilgesellschaftlichem Engagement gegen rechts“ begründet. So höhlt der staatlich geförderte „Kampf gegen rechts“ die Rechtsstaatlichkeit aus.

(...)

aufgehoben. Er soll nun wieder aufleben? Mit welchen Zwangsmassnahmen soll das durchgesetzt werden? Wieder ist die Forderung an sich nicht das Problem, sondern ihre massenhafte unkritische Verbreitung.

Ein weiteres Beispiel für die Manipulation der Bevölkerung. Trotz der gestiegenen Gewaltverbrechen wird uns allen Ernstes eine Statistik präsentiert, die angeblich sinkende Kriminalitätsraten beweisen soll. Wer hat gesagt, dass er nur der Statistik traut, die er selbst gefälscht hat? Churchill? Man muss inzwischen genau, manchmal zwischen den Zeilen lesen, wie einst in der DDR.

Die Meldung hieß: „Fast zehn Prozent weniger Straftaten **erfasst**, als im Vorjahr“. Dazu eine Anekdote: ein CEO steht auf dem Essener Hauptbahnhof im Wartebereich der 1.Klasse, als er von einer Gruppe

junger Männer nicht biodeutschen Ursprungs umkreist , geschubst und überall befangert wird. Als sie von ihm ablassen und flüchten, steht er wie ein gerupftes Huhn da. Brieftasche, Handy, I-Pad, Fotoapparat, Koffer, Uhr – alles weg. Als er zur Bahnhofspolizei geht, um Anzeige zu erstatten, weigern sich die Beamten. Es wäre aussichtslos und würde deshalb nur die Statistik versauen. Die sinkende Kriminalitätsrate ist eine Irreführung der Bevölkerung – Orwell-Sprech. Das ist gelebte Unfreiheit!

(...)

Wie steht es mit der Demonstrationsfreiheit? Nach wie vor ein durch das Grundgesetz garantiertes Recht. Man kann erfolgreich Demonstrationen anmelden. Sobald es aber eine Demonstration gegen die politisch-korrekte Mehrheitsmeinung ist, melden die Demokraten in Politik und Medien so lange Bedenken an, bis die Antifa auf den Plan tritt.

Wieder ein Beispiel: Im vergangenen Jahr gab es in Köln eine Demonstration von Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft gegen die „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ genannte Zensurverordnung vom ehemaligen Justizminister Maas. Das üblich breite Bündnis aus SPD, Gewerkschaftern, Linken, Grünen und Gelegenheits-Antifanten versuchte unter Bruch der Auflagen, Abstand zu halten, drei Stunden lang mit allem, was die Lungen hergaben, den Protest gegen die Zensur niederzubrüllen.

Das Pikante dabei: Weder wußten die lärmenden Linken, dass ihre Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau eine der besten Reden gegen das Maaß-Gesetz gehalten hatte, noch hatten die Vertreter der Grünen Jugend, die den Protest gegen das Zensurgesetz „Nazi“ fanden, dass ihr Bundestagsabgeordneter Konstantin von Notz einer der eifrigsten Kämpfer gegen dieses Gesetz ist. Er wäre also auch ein „Nazi“.

(...)

Was ich beispielhaft an Deutschland erläutert habe, trifft auf ganz Westeuropa zu. Widerstand gibt es hauptsächlich in den ehemaligen Ostblockländern. Hier haben die Menschen vor einem Vierteljahrhundert die Freiheit unter Gefahr für Leib und Leben erkämpft. Sie sind offenbar sensibler für die Gefahren, die der Freiheit drohen. Ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des Ostblocks stehen wir wieder vor einer geschichtlichen Wahl: diesmal ist es der ideologische Eiserne Vorhang, den wir entweder erfolgreich abschaffen, oder von dem wir versklavt werden.

(...)

Unsere Leitbilder sind die Widerstandskämpfer gegen Diktaturen, Menschen wie Joachim Fest, der sich schon als Gymnasiast dem Nationalsozialismus entzog, die Studenten der Weißen Rose, die ihr Vaterland von den Nazis befreien wollten, die Männer des 17. Juli und Georg Elser, die bereit waren, einen Diktator zu töten, alle Deutschen, die Juden geholfen haben, unterzutauchen und zu überleben, die ihre zugewiesenen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter menschlich behandelt haben und deshalb von ihnen in den Hungerjahren 1946/47 mit Care-Paketen versorgt wurden.

In Deutschland wurde die Tätergeschichte des Nationalsozialismus bis ins Detail aufgearbeitet. Dabei ist

es den Tätern und ihren Nachkommen gelungen, ihre Schandtaten in die aller Deutschen umzuwandeln.

Wer die Freiheit liebt, orientiert sich am Widerstand: Welche Charaktereigenschaften bewahren den Einzelnen davor, sich als Werkzeug von Diktatoren anzudienen oder mißbrauchen zu lassen? Was befähigt den Einzelnen, der Propaganda zu widerstehen, sich eine eigene Meinung zu bilden und sie erfolgreich zu verteidigen? Was macht aus uns Menschen nicht eine folgsame, von Politik und Medien manipulierbare Masse, sondern selbstbestimmte Individuen, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen?

(...)

Die Friedliche Revolution von 1989 hat es gezeigt: Wenn sich genügend viele Menschen finden, die den Herrschenden die Legitimation absprechen und die Gefolgschaft verweigern, bricht auch ein bis an die Zähne atomar bewaffnetes System zusammen. Damals verschwand fast über Nacht eine ganze politische Klasse. Davor steckt die Furcht den Herrschsüchtigen bis heute in den Knochen. Deshalb wird immer wieder bestritten, dass es sich damals um eine Revolution gehandelt hat und behauptet, dass die „Wende“ eigentlich ein Werk von Politikern gewesen sei.

Die Wahrheit ist, die Politiker hatten fast ein Jahr lang nichts zu sagen, sie mußten den Ereignissen hinterherrennen.

Auch heute dürfen wir nicht auf die Politik hoffen. Die ehemals emanzipatorische Linke wußte das: „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“.

Es ist noch nicht vorbei

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Hoffende auf ein gutes Ende für uns und unser Land!

In meiner heutigen Kolumne zum Freitag empfehle ich Ihnen acht Bücher von Autoren, die ich bis auf einen persönlich kenne, aber inklusive des einen alle sehr schätze. Sie teilen in unterschiedlichen Bereichen meine und unsere Sorgen um die Zukunft unserer Gesellschaft. Werden unsere Kinder in Zukunft noch in einem freien und sicheren Land leben? Werden sich unsere Töchter noch selbst entscheiden können, wie sie ihre Kinder erziehen? Oder gibt es irgendwann die Pflicht für alle, sie tagsüber staatliche Obhut zu geben und mit Gender und der sogenannten „sexuellen Vielfalt“ verwirren zu lassen?

Bleibt der *Global Compact für Migration* (GCM) eine gutmenschliche aber unverbindliche Absichtserklärung von Staaten, die in der überwiegenden Zahl über einen Sachverhalt bestimmen, der sie selbst nicht betrifft? Oder werden wir durch die Hintertür eine dauerhafte Massenmigration nach Europa und besonders nach Deutschland erleben, mit all den Problemen, die wir jeden Tag überall in den Zeitungen lesen.

Wird die Versorgung von Armen, Alten und Schwerkranken durch die deutsche Solidargemeinschaft auf Jahrzehnte sichergestellt bleiben können? Werden unsere Justiz, Polizei und Sicherheitsdienste den Herausforderungen durch Organisierte Kriminalität, etwa durch die so nett bezeichneten „Familienclans“, islamistische Fanatiker, Rechtradikale und antifa, auch durch Reichsbürger, wirksam etwas entgegensetzen können? Und werden wir in einer Welt, deren Anführer immer irrationaler und irrter zu werden scheinen, unser Land und damit Freiheit und Wohlstand noch schützen können? Werden wir auch mal wieder eine Armee haben, in der Hubschrauber und Kampfflugzeuge oder das Flugzeug unserer Bundeskanzlerin einsatzbereit sind und U-Boote tauchen können?

Ich könnte Stunden so weiter schreiben über Hemmnisse für mittelständische Unternehmen über massive Einschränkungen der Meinungsfreiheit und so weiter. Aber ich höre hier auf, denn Sie alle wissen, was ich meine. Und die große Mehrheit von Ihnen teilt meine Sorgen, denn sonst würden Sie diesem Blog nicht schon seit Jahren die Treue halten.

Der Kampf um die Zukunft unseres Landes ist noch nicht vorbei. Die linksgrüne Kulturhegemonie in Deutschland bröckelt deutlich, aber sie steht noch. Und deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir Bürgerlichen - wir alle, Liberale, Konservative und Christen - den Mund aufmachen und lauter werden. Auf dem Sofa sitzen und in Facebook-Beiträgen meckern, dass sich alles nicht schnell genug und nicht nachhaltig genug ändert, reicht nicht mehr. Es gibt die Chance, dass die bürgerliche Mehrheit sich diese Gesellschaft zurückholt.

Ich bin kein Politiker und will auch keiner werden. Ich schreibe, was ist, was falsch läuft und wie es besser werden kann - subjektiv natürlich. Das werde ich auch in Zukunft tun, so lange mir noch etwas einfällt dazu. Was neu ist: Mit unseren Schwarmintelligenz-Treffen (24. August 2019, Berlin), mit unseren bürgerlich-konservativen Stammtischen überall in Deutschland gehen wir jetzt raus unter die Leute. Die nächsten Stammtische finden übrigens am 23. Januar in Düsseldorf und am 26. Januar in Nürnberg statt.

Vernetzen wir uns, lernen wir uns kennen, engagieren wir uns in den Organisationen, die etwas bewegen können! Jeder ist herzlich eingeladen!

Ich wünsche Ihnen noch eine wunderbare Vorweihnachtszeit, möglichst ohne Terroranschläge und andere Gewalt! Passen Sie gut auf sich auf!

Ihr Klaus Kelle

Danke, Freund!

Herbert George Walker Bush ist tot. Der 41. US-Präsident starb im Alter von 94 Jahren. Bush senior war sicher einer der besten Freunde, die Deutschland in der Weltpolitik jemals hatte. Als 1989 der berühmte Mantel der Geschichte wehte, angefacht durch den Protest der Bürger im Osten Deutschlands, und Bundeskanzler Helmut Kohl früh begriff, dass sich plötzlich die Tür zur Wiedererlangung der Deutschen Einheit öffnete, war die internationale Begeisterung überschaubar. Gorbatschow hatte vor allen seine zerbröselnde Supermacht im Blick, für Mitterand und Thatcher war der Gedanke an ein wirtschaftlich starkes und wiedervereintes Deutschland im Herzen Europas der blanke Horror. Und in Polen, unserem Nachbarn im Osten, erwachte direkt die Erinnerung und damit die Abneigung gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands.

Der amerikanische Präsident jedoch stellte sich gleich ohne Wenn und Aber an die Seite der Deutschen, die endlich wieder vereint in einem freien Land leben wollten. Dafür werden wir ihn niemals vergessen.

Rest in Peace, Mr. President!

Lassen wir uns wegen Mesut und „Die Mannschaft“ unseren Spaß verderben?

Ganz ehrlich? Mesut Özil nervt mich seit Jahren, wenn er im Trikot der deutschen Fußball-Nationalmannschaft demonstrativ das Singen unserer Hymne verweigert. Das Singen eben der Hymne des Landes, in dem er – clever – eine Mordskohle verdient hat und verdient. Und dass ein „deutscher Staatsbürger türkischer Abstammung“ (wikipedia) sein Einkommen maximiert, ist ja auch legitim. Es muss einem nicht gefallen, aber Fußballprofis sind eben nicht die Helden und Vorbilder, für die wir sie gerne halten möchten. Sie sind Söldner mit klasse Frisuren und Tätowierungen. So einfach ist das. Fußballfans wissen längst, dass die Seele ihrer Clubs nicht die Spieler, Berater und Manager sind, sondern die Fans. Denn die sind auch noch da, wenn die Dritte Liga droht. Und die bleiben nach Abpfiff und Abstieg am letzten Spieltag noch lange auf den Stufen der Fankurve sitzen und trösten ihre weinenden Kinder.

Persönlich bin ich der Meinung, dass Özil und Teamkollege İlkay Gündoğan nach dem peinlichem PR-Termin mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in der deutschen Nationalmannschaft nichts mehr zu suchen haben – obwohl sie natürlich phantastische Fußballspieler sind und bei der WM in

Russland erwartbar ihren Job gut machen und unserer Mannschaft weiterhelfen werden. „Die Mannschaft“ heißt das ja jetzt. Für mich ist das unsere Nationalelf – trotz den genannten Spielern, deren Identifikationsfähigkeit mit Deutschland Verbesserungspotential hat.

Und wissen Sie, warum ich mich auf den Anpfiff nachher freue? Zum Beispiel, weil ich heute auf der Fahrt zur Kirche an vielen Häusern vorbeifuhr, aus deren Fenstern schwarz-rot-goldene Fahnen hingen. Und unterwegs begegneten mir dauernd Autos, an denen schwarz-rot-goldene Flaggen flatterten. Ein wunderbarer Anblick. Und so ein patriotischer Kontrast zu unserer Regierenden in Berlin, die erst Griechenland fragen will, ob wir die Grenzen unseres Landes schützen dürfen.

Und weil die vielen deutschen Fahnen aus chinesischer Produktion, Ausdruck eines fröhlichen unverkrampften Patriotismus, mein Herz wärmten, werde ich als „Rechtspopulist“ von den Linkspopulisten geschmäht. Und dabei würde ich wirklich gern im Haus neben Jérôme Boateng wohnen, zusammen mit ihm im Garten neben dem Grill und vor dem Bildschirm sitzen und ein Bier trinken. Aber erst in vier Jahren. Denn heute wird er UNSERE Abwehr organisieren und vorher singen....

Schmeißt sie aus „Die Mannschaft“!?

Ein Land wie Deutschland muss erfolgsorientiert sein. Bei uns kommt nicht zufällig Gas und Öl aus der Erde, sondern wir müssen entwickeln, arbeiten, erfinden, produzieren und verkaufen. Wir müssen unsere Wirtschaft und die Infrastruktur so aufbauen, dass sie maximalen Erfolg und damit Wohlstand bringt.

Dieses Denken liegt – darf man das sagen? – wohl in unseren Genen. Leistung und Erfolg! Das sind auch die Schlüsselworte beim Profifußball. Gestern erfuhren wir von dem unappetitlichen Propagandaauftritt der ...ja, welcher eigentlich? Nationalspieler Mesut Özil (29) und Ilkay Gündogan (27) mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Die beiden Sportler mit türkischen Wurzeln und deutscher Staatsbürgerschaft überreichten ein Trikot, schüttelten Hände, tauschten freundliche Belanglosigkeiten aus und posierten für Fotos, die Erdogans Partei AKP fleißig im Internet verbreitete.

Und zumindest Özil war schon immer in der Kritik, weil er unsere Hymne vor dem Spiel nicht mitsingt. Mich stört beides – der Auftritt mit Erdogan ebenso wie das demonstrative Verweigern der Hymne. Und: Mein erster Impuls gestern: schmeißt diese beiden Spieler aus „Die Mannschaft“, wie das jetzt im bunten Deutschland heißt.

Nun, am Tag danach, ist die Emotion bei mir abgekühlt. Handelt es sich im Profisport insgesamt und ganz besonders in der Fußball-Bundesliga nicht sowieso um modernes Söldnertum? Wer spielt bei Schalke 04 wegen der Bergmannsromantik und der schönen Lieder von früher, als die Fans unter der Woche hauptberuflich die Kohle aus der Grube holten? Wer wechselt zum FC Bayern wegen Oktoberfest

und Lederhosen bei PR-Terminen? Und marschiert nicht die Bundeskanzlerin, begleitet von einem Pulk von Fotografen, ab dem Viertelfinale ungerührt in die Mannschaftskabine mit den halbnackten Helden?

Machen wir uns doch nichts vor: Es geht den Spielern um Geld und persönlichen Erfolg - um nichts anderes. Ehre? Stolz? Vaterland? Mit solchen Begriffen beschäftigen sich Leute wie wir hier, aber doch nicht die Multimillionäre im Trikot von wem auch immer. Und insofern gefällt es mir nicht, wenn Özil und Gündogan im deutschen Trikot nicht singen und mit Erdogan schäkern. Aber es liegt in der Natur dieser Sache, unserer Sache. „Deutschland ist Weltmeister“ werden uns die Titelseiten am Tag danach anschreien. Und niemand wird mehr über das Treffen mit Erdogan sprechen...

Unsere Staaten müssen noch viel rigoroser gegen die „Gefährder“ vorgehen

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel drückt den Angehörigen per Twitter sein Beileid aus, Bundeskanzlerin Angela Merkel war gestern Abend auf Wahlkampftour, erwähnte die neue Terrorattacke aber nicht. Das Auswärtige Amt bestätigt, dass es drei deutsche Opfer gab, will aber noch nicht sagen, ob es sich um tote oder verletzte Deutsche handelt. 13 Opfer sind insgesamt sicher zu beklagen, mehr als 80 Verletzte, davon 24 sehr schwer, sind zu beklagen.

Es gibt nach solchen Anschlägen islamistischer Mörder inzwischen eine gewisse Routine der Regierenden und der Behörden. Das kann gut sein, weil es nicht den Eindruck von Hektik und Chaos bei der Bevölkerung weckt. Es ist aber auch ärgerlich, weil man all die Worthülsen - „in Gedanken sind wir bei den Opfern“ - „wir werden jetzt a) sorgfältig, b) mit Nachdruck, c) entschlossen oder d) solidarisch handeln - nicht mehr hören will.

Kommen wir zum Punkt: Wieder waren es islamistische Gewalttäter. Wieder töteten sie unschuldige Menschen. Wieder waren Täter aus Nordafrika dabei. Solche Anschläge sind niemals zu verhindern, weil man nicht in die Köpfe dieser Fanatiker schauen kann. Man kann überwachen, abhören, V-Leute in diesen Netzwerken platzieren, aber wenn wir wieder mehr Sicherheit und Schutz vor derartigen Anschlägen haben wollen, muss unser Rechtsstaat, müssen alle demokratischen Länder rigoroser vorgehen. Das bedeutet nicht, Bürgerrechte aufzugeben, den Rechtsstaat auszuhöhlen, ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht zu stellen. Aber das bedeutet, die sogenannten „Gefährder“ rigoros aus unseren Staaten abzuschieben. Die gesetzlichen Regeln dafür sind nicht ausreichend? Dann schafft neue! Die Herkunftsstaaten wollen „Gefährder“ auch nicht zurück haben? Dann schiebt sie dorthin ab, wo man sie annimmt - für wirtschaftliche Hilfe oder Geld meinetwegen. Von mir aus schafft ein „Dschihadland“ irgendwo in der Mongolei oder anderswo, wo Platz genug ist. Wo sich diese Leute untereinander mit sich selbst beschäftigen können, statt hier zu töten.

Und „diese Leute“, allein die den Behörden bekannten, sind Tausende in Europa. Eine Zeitung berichtete, dass allein im Großraum Brüssel, dem Zentrum der EU, ca. 800 gewaltbereite Islamisten polizeibekannt sind. Die wohnen dort, manche planen wahrscheinlich Terrorattacken, viele leben von staatlichen Zuwendungen, die die anständigen Bürger mit ihren Steuern finanzieren. Und nachts darf die Polizei nicht in ihre Wohnungen von Verdächtigen, weil auch Terroristen ein Recht auf Ruhe haben. Man fasst sich an den Kopf.

Terrorangriffe sind nie auszuschließen, schon gar nicht, wenn es um Attentäter, um feige Mörder geht, die bereit sind, ihr eigenes Leben zu opfern. Aber Deutschland, Europa und der Rest der zivilisierten Welt können noch viel mehr tun, um blutige Ereignisse wie jetzt in Spanien zu vermeiden.

Ein bisschen mehr „Germany first“ würde uns auch gut zu Gesicht stehen

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber viele haben sich inzwischen an Donald Trump gewöhnt. Ich meine das nicht bezogen auf seine bisweilen unkonventionelle Art, mit Staatschefs und Journalisten umzugehen, sondern auf die alltägliche Amtsführung – das Business as Usual. Seit Mitte Januar ist der Immobilien-Tycoon und einstige Castingshow-Moderator mächtigster Mann der Welt, und die ist seither gar nicht untergegangen. Einreiseverbote für Muslime, Mauerbau an der Grenze zu Mexiko, neue Gesundheitsreform – das alles kann man bisher getrost als Rohrkrepierer verbuchen. Seine Nahost-Reise nach Saudi-Arabien und Israel war aus meiner Sicht erfolgreich und durchaus klug durchdacht. Bei der Auswahl des Spitzenpersonals seiner Administration gab es einige brillante Besetzungen und einige Totelausfälle wie den ersten Sicherheitsberater. Trump und sein Justizminister werden wohl auch keine Freunde mehr.

Aber was ich sagen will: Das ist nichts Ungewöhnliches, vergleichbare Vorgänge gab es auch bei Präsidenten vorher. Die Welt ist nicht untergegangen, es ist kein Krieg ausgebrochen und die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten läuft prima. So what?

Man muss sich als Deutscher immer mal wieder klarmachen, dass ein US-Präsident in erster Linie etwas für sein eigenes Land und das Wohlergehen seiner Bürger erreichen will. Globalisierung, Klimarettung, überstaatliche Institutionen – all das ist für den Mann nachrangig. Und das kommt uns hier in Europa seltsam vor, dass da einer „America first“ zum Maßstab macht. Nun können wir das beklagen und Trump dafür mit Hohn und Spott übergießen. Oder wir könnten nachdenken, ob uns ein wenig mehr „Germany first“ nicht auch gut tun würde.

Überlassen wir unser Land nicht aus Frust den Anderen!

Das Wochenende haben wir bei einem befreundeten Paar und ihrer Familie verbracht, die zu unseren besten Freunden überhaupt zählen. Vor 40 Jahren standen wir in Fußgängerzonen überall in Nordrhein-Westfalen, verteilten Flugblätter gegen die Fristenlösung bei der Abtreibung, wir sammelten Unterschriften für einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau, nachdem die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert war. Und wir wählten - klare Sache - ohne zu zögern die CDU mit Helmut Kohl an der Spitze.

Die Welt war klar aufgeteilt für uns, Schwarz und Weiß. CDU gut, SPD schlecht. Amerika gut, Russland böse. Bundesrepublik frei, DDR unfrei. Heute ist die Bewertung der Wirklichkeit nicht mehr so einfach wie damals. Jeder, die sich mal mit der anstehenden Bundestagswahl beschäftigt und überlegt hat, wen oder was er wählen soll, weiß, was ich meine.

Unser eigentlich als kurz geplantes Frühstück vor der Heimfahrt gestern zog sich über drei Stunden hin. Und erst jetzt fällt mir auf, dass wir keine Sekunde über die sogenannte „Ehe für Alle“ gesprochen haben. Es ging um die Flüchtlinge, um die Fehlentwicklungen bei der Integration, um Kriminalität und Abtreibung. Ja, um Abtreibung! Darum, wie menschliches Leben in unseren Wohlstandsgesellschaften gering geachtet wird. Darum, dass man ein ungeborenes Kind, das möglicherweise das Down Syndrom haben KÖNNTE, in der Regel einfach so wegselektiert. Man kann ja noch weitere Kinder bekommen, wieso ein Risiko eingehen?

Drei Kannen Kaffee zogen wir uns rein, und wenn nicht nachfolgende Verpflichtungen gedrängt hätten, säßen wir wohl jetzt noch an dem gleichen Tisch. Ja, es ist schwer geworden, heute für sich selbst festzulegen, was gut oder böse, richtig oder falsch ist. Aber es lohnt sich, weiterzumachen, sich politisch zu engagieren, und unser Land nicht den Anderen zu überlassen.